

*Claudia Hülsken/Benjamin Legrand*

## Gewerkschaften und Europa. Bericht der Tagung „Towards Transnational Trade Union Representation? National Trade Unions and European Integration“

Die Europäische Union ist hinsichtlich ihres wirtschaftlichen und politischen Integrationsniveaus ein weltweit einzigartiges Phänomen. Mit dem Einigungsprozess auf europäischer Ebene – und vor allem mit der Vollendung eines Gemeinsamen Marktes sowie diversen Maßnahmen zur sozialpolitischen Vergemeinschaftung – gingen auch bedeutende und systemgestaltende Effekte auf die industriellen Beziehungen der Bezugsgesellschaften des EU-Systems, der Mitgliedstaaten einher. Bisher war die Erforschung dieser Facetten der „Europäisierung“ vorwiegend auf den jeweiligen nationalen Raum begrenzt.

Um diese wissenschaftliche Isolation zu überwinden und der Erforschung der integrationsbedingten Herausforderungen für die Gewerkschaften in Europa neue Impulse zu verleihen, veranstaltete das Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum mit Unterstützung der VW-Stiftung vom 6. bis 8. Dezember 2007 eine internationale, interdisziplinäre Tagung, an der Historiker, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten teilnahmen. Im Mittelpunkt stand die erkenntnisleitende Fragestellung, inwieweit die europäische Integration zu einer „Transnationalisierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung“ geführt habe. Der Tagung lag die Annahme zugrunde, dass bei den nationalen Gewerkschaften – selbst wenn sie als „Nachzügler“ eher zögerlich und defensiv auf die Veränderungen der europäischen Integration reagiert haben – vor allem in organisationsstruktureller Hinsicht ein Anpassungsprozess in den letzten Jahrzehnten zu beobachten sei. In diesem Kontext galt es unter anderem zu untersuchen, ob und in welchem Ausmaß sich infolge integrationsbedingter Anpassungen gewerkschaftlicher Strukturen und Politiken ein Homogenisierungsprozess in Form einer Annäherung der äußerst disparaten Gewerkschaftsstrukturen in Europa abzeichnet.

Diese Ausgangsüberlegungen wurden nach einleitenden Überblicken zum konzeptionellen Ansatz (*Jürgen Mittag*) und zur begrifflichen Reichweite der Transnationalisierungs-Kategorie (*Ludger Pries*) zunächst in Form einer Analyse der einzelnen Mitgliedstaaten behandelt.

### **Nationale Gewerkschaften in Europa: Reaktionen auf die europäische Integration?**

Mit einer fächerübergreifenden Problematisierung des Untersuchungsgegenstandes wurde gleich zu Beginn dem interdisziplinären Anspruch der Konferenz Rechnung getragen. Im Rahmen der ersten Sektion widmete sich *Wilfried Loth* (Universität Duisburg/Essen) den spezifischen nationalen Traditionen der Gewerkschaftsbewegung. Der Historiker hob in die-

sem Zusammenhang die Bedeutung der zentralen Untersuchungsgegenstände, die Arbeitsbedingungen und die politische Orientierungen, hervor. In Frankreich oder Italien sei beispielsweise der Einfluss kommunistischer Gewerkschaften sehr groß und somit prägend für die Haltung gegenüber der europäischen Integration und der EU. Letztere werde entweder als wichtiger politischer Handlungsraum oder eben nur als Beiwerk der nationalen Ebene wahrgenommen. Der historische Zugang, so Loth, ermögliche schließlich die Identifikation verschiedener Europäisierungsphasen der Gewerkschaften.

Für *Walther Müller-Jentsch* sind gerade die nationalen Traditionen wesentliche Hemmschuhe für die gewerkschaftliche Kooperation und Integration auf europäischer Ebene. Der Bochumer Soziologe richtete den Blick auf die Akteure in Tarifkonflikten und die Arenen, in denen Konflikte institutionell gelöst werden. Europa selbst sowie die Internationalisierung der Märkte stellten in diesem Sinne neue politische Handlungsräume für Kapital und Arbeit dar, die jedoch durch das Fehlen einer europäischen Institution für Tarifverhandlungen begrenzt seien.

Auf zwei entgegengesetzte Entwicklungen verwies der Volkswirtschaftler *Andreas Bieler* (Universität Nottingham). Die gemeinsamen europäischen Institutionen wüchsen, nationale Organisationen blieben jedoch weiter bestehen. Die EU habe schon längst viele neue Kompetenzen gerade im öffentlichen Sektor gewonnen, wobei jedoch viele Strategien von Akteuren zu dieser Entwicklung noch in den Kinderschuhen steckten.

Divergenzen zwischen den in der Sektion vertretenden Disziplinen traten vor allem bei der Beurteilung des Europäisierungsgrades in der Forschung hervor. Während Bieler weiterhin eine starke Orientierung der Wissenschaft an nationalen Entwicklungen konstatierte, räumte Loth einem Perspektivenwechsel bei der Erforschung der Gewerkschaften gute Chancen ein, da die Bedeutung von transnationalen Netzwerken in allen Feldern zunehme. Für Müller-Jentsch hingegen stehen sowohl die Untersuchung der Arbeit der europäischen Betriebsräte transnationaler Konzerne als auch die qualitative Analyse transnationaler Tarifverhandlungen ganz oben auf der wissenschaftlichen Agenda.

## **Führungsrolle der Gewerkschaften der EGKS-Gründerstaaten?**

In der ersten länderbezogenen Sektion standen die Gewerkschaften in den EGKS-Gründerstaaten Belgien, Frankreich und Deutschland im Fokus der Analyse. *Patrick Pasture* von der Universität Leuven widmete dem Wandel europabezogener Interessen und Aktivitäten der belgischen Gewerkschaftsverbände besondere Aufmerksamkeit. Zurückzuführen sei dieser Wandel primär auf die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen mit sozio-ökonomischen Problemen in den 1980er Jahren. Der Glaube an die supranationale Problemlösungsfähigkeit sei den belgischen Gewerkschaften als traditionellen Befürwortern der Integration, trotz der wachsenden Unzufriedenheit, nicht verloren gegangen. Ein Indikator dafür sei beispielsweise die Unterstützung eines autonomen und mit eigenen Kompetenzen ausgestatteten Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in den 1990er Jahren.

Die These, dass die Gewerkschaften „Nachzügler“ der europäischen Integration seien, ist im Hinblick auf das Beispiel der französischen Gewerkschaften zu relativieren. Diese haben

zwar nicht unverzüglich auf die integrationsbedingten Herausforderungen reagiert. Trotzdem können, laut *Jean-Marie Pernot* (EHESS Paris), Veränderungsprozesse im Zuge der Europäisierung identifiziert werden. Jede relevante Umgestaltung und Erneuerung auf europäischer Ebene habe zu divergierenden Positionen der drei großen Gewerkschaftsverbände (FO, CFTC und CFE-CGC) geführt und innerstaatliche Debatten provoziert. Besonders kontrovers diskutiert seien die „großen“ europäischen Integrationsschritte und Wegmarken wie die Gründung der EGKS, die Errichtung des Gemeinsamen Marktes oder die Aufnahme neuer Mitgliedsländer worden.

Aus historischer Sicht gab *Stephan Seifen* (Ruhr-Universität Bochum) einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nach 1945 im Spiegel der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung auf europäischer und nationaler Ebene. Die deutschen Industriegewerkschaften und Dachverbände konnten sich relativ schnell als selbstbewusste Akteure auf europäischer Ebene profilieren, konstatierte Seifen. Sowohl beim Aufbau sektoraler Strukturen in Europa als auch bei der Gründung des EGB nahmen die deutschen Gewerkschaften eine federführende Rolle ein. Im Gegensatz dazu seien, vor dem Hintergrund der fortschreitenden europäischen Integration, auf nationaler Ebene keine großen organisationsstrukturellen Anpassungen vorgenommen worden.

Im Anschluss an die Vorträge hob der Sektionsvorsitzende *Karl Lauschke* (Universität Dortmund) die starke Beziehung zwischen den institutionellen Veränderungen der europäischen Ebene und der Europäisierung der Arbeitnehmerorganisationen hervor. Er leitete hieraus Anregungen zu einer komplexeren und nach einzelnen Politikfeldern unterteilten Strategieanalyse der Gewerkschaften ab. Die folgende Frage- und Diskussionsrunde nahmen die Tagungsteilnehmer zum Anlass, die These der direkten Korrelation zwischen innerstaatlichen Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften und ihrem Interesse an der europäischen Ebene kontrovers zu debattieren.

### **Britische, irische und dänische Gewerkschaften zwischen Zurückhaltung und Widerstand?**

Zum Auftakt der dritten Sektion betonte *Richard Hyman* (LSE) in seinem Beitrag „British Unions and Europe: Sceptics or Converts?“, dass sich am Beispiel der britischen Gewerkschaften besonders eindrücklich der Wandel der europabezogenen Haltung mithilfe einer Periodisierung aufzeigen ließe. Während die Einstellung der britischen Arbeitnehmerorganisationen gegenüber den Gemeinschaftsinstitutionen und weiteren Integrationsschritten bis zum Ende der 1980er Jahren in erster Linie zwischen defensiver Skepsis sowie offensiver Ablehnung schwankte, „konvertierten“ sie Anfang der 1990er Jahre zu grundsätzlichen Befürwortern des europäischen Einigungsprojekts.

Eine grundsätzlich andere Entwicklung der Reaktionsweise auf die Herausforderungen der europäischen Integration stellte *Joe Wallace* für die irischen Gewerkschaften fest. Während diese bereits in den 1950er und 1960er Jahren Europa und besonders der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes Beachtung schenkten, habe das Interesse Ende der 1960er Jahre signifikant nachgelassen. In diesem Zeitraum führten die irischen Gewerkschaften öffentli-

che und kontroverse Debatten über die Vor- und Nachteile eines Beitritts (1970–1972), die in einer Kampagne gegen die EG-Mitgliedschaft mündeten. Nach dem Beitritt Irlands sei erneut eine Verhaltensänderung der Gewerkschaften zu beobachten, so Wallace. Durch die intensive Arbeit in EG-Ausschüssen versuchten diese nach 1973 aktiv Einfluss auf eine politische Regulierung der Sozial- und Regionalpolitik zu nehmen.

Die dänischen Gewerkschaften, so erläuterte *Hermann Knudsen* (Universität Aalborg), beschäftigten sich nach dem EG-Beitritt Dänemarks 1973, wenn überhaupt, sehr zurückhaltend mit den industriellen Beziehungen auf europäischer Ebene. Auch setzten sich die Arbeitnehmerorganisationen weniger mit materiellen Inhalten der Europapolitik auseinander, sondern thematisierten vor allem potenzielle negative Effekte auf das dänische System industrieller Beziehungen. Charakteristisch für die europabezogene Einstellung der dänischen Gewerkschaften seien die Befürwortung einer Politik der minimalen Harmonisierung und die Betonung des Subsidiaritätsprinzips, bilanzierte Knudsen.

Im Rahmen der anschließenden, vom Bochumer Historiker *Bernd Bühlbäcker* geleiteten Diskussionsrunde wurden in erster Linie theoretisch-konzeptionelle sowie methodische Probleme debattiert und insbesondere die Frage erörtert, ob eine Periodisierung der richtige Ansatz für die Analyse der gewerkschaftlichen Haltung zum europäischen Integrationsprozess sei.

## **Pluralisierung oder Polarisierung? Gewerkschaften aus der südlichen Perspektive**

In zweifacher Hinsicht waren Grenzüberschreitungen das Thema der vierten Sektion, die nach einer spezifischen „südlichen Dimension“ der Europäisierung von Gewerkschaftsbewegungen in Griechenland, Italien, Spanien und Österreich fragte. Die Antwort fiel zwispältig aus, da transnationale ideologische Grenzen in den letzten Jahren zwar abgebaut wurden, die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg hingegen noch zu wenig forciert worden sei. Mit Blick auf die deutsche Sozialpartnerschaft und das britische Freiwilligen-system sei Italien – laut *Serafino Negrelli* (Universität Milano/Bicocca) – mit seiner pragmatischen Herangehensweise ein gutes Beispiel für den so genannten „dritten Weg“. Angesichts einer seit 1990 kritischen wirtschaftlichen und politischen Situation hatten die Gewerkschaften in den 1990er Jahren eine Strategie der Anpassung an die Herausforderungen der europäischen Integration unterstützt, die nun aber zunehmend an ihre Grenzen stoße. Durch die Reformen, die zu einem Anwachsen des Niedriglohnssektors führten, habe die Lohnfrage und somit auch die Gewerkschaften sukzessive an Bedeutung verloren.

Die griechischen Gewerkschaften erlebten über Jahrzehnte hinweg einen Wandel ihrer Einstellung zur Europäisierung. Für *Christos A. Ioannou* (AUEB Athen) schwächte sich die klare Anti-EG-Haltung seit 1996 zu einem Europa-Skeptizismus ab. Immer noch seien die stark parteipolitisch geprägten Arbeitnehmerorganisationen an Europa nicht besonders interessiert. Ioannou stellte insbesondere die Vorstellung in Frage, dass die Europäisierung ein linearer Prozess sei.

Die vielschichtigen – durch die Demokratisierung und die Europäisierung geförderten – Lernprozesse der Gewerkschaften in Spanien hob *Miguel Martinez Lucio* (Universität Bradford) hervor. Die spanische Gewerkschaftsbewegung begreife Europa deshalb sehr wohl als politischen Handlungsspielraum, auch für das Wachstum des Wohlstandes. Mit dieser Sicht stießen die spanischen Gewerkschaften jedoch an die Grenzen: Die Reichweite europäischer Sozialpolitik symbolisiere nur den kleinsten gemeinsamen Nenner und in den Institutionen werde die Angebotsseite immer stärker präferiert. Diese Entwicklung setze die europafreundlichen Gewerkschaften unter Druck. Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern Südeuropas, aber auch mit Lateinamerika, sei eine Herausforderung.

Weniger eine südliche als vielmehr eine westlich-östliche Orientierung weisen die Gewerkschaften in Österreich auf, wie *Ferdinand Karlhofner* von der Universität Innsbruck im Rahmen seines Beitrags zeigte. Der Politikwissenschaftler erläuterte die bedeutende Brückenfunktion der österreichischen Gewerkschaften zwischen Ost- und Westeuropa während des Kalten Krieges. Nach dem Fall des „eisernen Vorhangs“ habe der ÖGB in eigenem Interesse zügig Verbindungen zu den östlichen Nachbarorganisationen aufgebaut. Die Europäisierung habe zwar spät begonnen, sei dafür aber umso intensiver verlaufen. Indikator hierfür sei der mittlerweile beträchtliche Personalstand in Brüssel, durch den das relativ kleine Mitgliedsland auf europäischer Ebene vertreten wird.

## Die Macht des Wohlstands? Die Gewerkschaften der Länder Nordeuropas und die europäische Integration

Mit den Länderbeispielen Schweden und Finnland rückten die nordeuropäischen Gewerkschaften in der fünften Sektion – unter dem Vorsitz von *Jörg Rumpf*, Historiker aus Haltern am See – in den Mittelpunkt der Betrachtung. Als Auftakt der Sektion skizzierte *Nathan Lillie* (Universität Groningen) die Hauptcharakteristika des nordischen Modells der industriellen Beziehungen, zu denen etwa eine hohe gewerkschaftliche Mitgliederquote und die starke nationale Position der Gewerkschaften zu zählen sind.

Vor diesem Hintergrund stufte *Sophia Murhem* (Universität Uppsala) das schwedische System der Arbeitsbeziehungen als ein typisches Beispiel dieses „Nordic corporatist type“ ein. Bezüglich der schwedischen Gewerkschaften seien nach dem Beitritt Schwedens zur EU 1995 signifikante Europäisierungsprozesse zu beobachten gewesen, die in einer Verlagerung der Aktivitäten, Organisation und der personellen sowie finanziellen Ressourcen zugunsten der europäischen Ebene zum Ausdruck kämen. Mit hohem finanziellem Aufwand würden sowohl die Vertretung in Brüssel als auch die Koordinationsaktivitäten mit anderen nordischen Staaten sowie die Treffen mit den Sozialpartnern betrieben. Neben der Wahrung ihrer starken Stellung auf nationaler Ebene zielten die schwedischen Gewerkschaften mit der transnationalen Kooperation vor allem auf eine Verbreitung des schwedischen Modells der industriellen Beziehungen in Europa; nicht zuletzt, um das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen im eigenen Land zu schützen.

Mit Blick auf die Zentralorganisation der finnischen Gewerkschaften konstatierte *Tapio Bergholm* (SAK)<sup>1</sup> in seinem Vortrag die für nordische Gewerkschaften eher atypisch schwache Mitgliederquote zu Beginn des europäischen Einigungsprozesses. Die starke Position der Kommunisten innerhalb der finnischen Gewerkschaften sei ein wichtiger Grund für die vornehmlich skeptische Einstellung zur EG/EU gewesen, so Bergholm. Den Widerstand gegen die europäische Integration habe die finnische Gewerkschaftsbewegung erst Mitte der 1990er Jahre, im Zuge des Beitritts Finnlands zur EU, aufgegeben.

Bergholm erklärte im Rahmen der anschließenden Plenumsdiskussion, dass die Arbeiterbewegung noch nicht den gleichen Flexibilitätsgrad wie das Kapital erreicht habe. Finnische Gewerkschaften formierten sich aber zunehmend in Verbänden und anderen zentralen Organisationen, um den Herausforderungen der verschiedenen Formen von Transnationalisierung und Internationalisierung zu begegnen.

### **Opfer der Transformation? Gewerkschaften im „neuen“ Mitteleuropa**

Das „neue“ Mitteleuropa der EU-27 stand mit der Analyse der polnischen, ungarischen, tschechischen und slowakischen Gewerkschaften im Mittelpunkt der sechsten Sektion. In diesen Ländern waren die Gewerkschaften sowohl tragende Säulen als auch Katalysatoren der Wende von 1989. Seit den gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen Anfang der 1990er Jahre haben sie aber merklich an Boden verloren. In rein quantitativer Hinsicht lässt sich diese Entwicklung an den sinkenden Mitgliederzahlen verdeutlichen. Die Gewerkschaften hielten zu lange an veralteten Strukturen fest und verloren das Vertrauen der Arbeitnehmer, so der kritische Tenor dieser Sektion.

*Clemens Rode* von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau erinnerte daran, dass in wenigen Jahren in Osteuropa eine Entwicklung stattfand, die in Westeuropa 150 Jahre in Anspruch genommen hatte. Besonders in Polen ergebe sich für die Gewerkschaften keine einfache Situation. Seit 1989 seien die Mitgliederzahlen eingebrochen und der Organisationsgrad sei nur noch im Bergbau- sowie im Eisen- und Stahl-, Eisenbahn- und Bildungssektor hoch. Die Gewerkschaftslandschaft sei in drei große Dachverbände, diverse autonome Organisationen auf regionaler Ebene sowie einzelne Gewerkschaften in einzelnen Betrieben zersplittert. Auch nach der Wende hielten Dachverbände an den althergebrachten Strukturen fest, die den heutigen Anforderungen jedoch nicht mehr genügten. Der Schwerpunkt der Gewerkschaftstätigkeit liege auf der Betriebsebene, wo die Mitgliedsbeiträge eingenommen und zur Gewerkschaftsarbeit wieder ausgegeben werden. Vor diesem Hintergrund sind höhere Organisationsebenen ungleich schlechter mit finanziellen Ressourcen ausgestattet.

Unter einem rapiden Mitgliederschwund litten auch die ungarischen Arbeitnehmerorganisationen. In Ungarn, erklärte *Andrej Stuchlik* (Freie Universität Berlin), sei die Bedeutung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sehr groß, was die Arbeit der Gewerk-

1 Suomen Ammattiliittojen Keskusjärjestö (Zentralverband der finnischen Gewerkschaften).

schaften erschwere. Die Transformation des Landes habe nicht alle Menschen erreicht. Viele Gruppen bemühen sich deshalb primär darum, soziale Errungenschaften zu verteidigen.

Die Gewerkschaftsbewegung der Slowakischen Republik war mit *Mária Svorenova* vertreten. Diese hob zunächst hervor, dass den slowakischen Gewerkschaften nach der Wende zunächst eine progressive Rolle zukam. Die Bedeutung der Arbeiterzusammenschlüsse im slowakischen System industrieller Beziehungen habe seitdem aber sukzessive abgenommen. Die Zahl der Mitglieder sank von 2,4 Millionen (1990) auf 390.000 (2006). Die Gewerkschaften hätten sich, so bilanzierte Svorenova, noch keine gewerkschaftstypischen Verhaltensweisen angeeignet und politische Handlungsräume erschlossen, sondern agierten eher wie Verwaltungen. Eine diesbezügliche Änderung prognostizierte die Referentin mit Blick auf den Beitritt der Slowakei zur Euro-Zone.

## Die Transformation der Gewerkschaften in den „neuen“ und „kleinen“ Mitgliedsländern

Zu Beginn der siebten Sektion begründete der Sektionsvorsitzende *Dimitrij Owetschkin* (Ruhr-Universität Bochum) zunächst die Zusammenfassung der vergleichsweise „jungen“ EU-Mitgliedstaaten (Estland, Litauen, Slowenien) in einer Sektion. Die Analyse dieser Länderbeispiele aus einer historischen Perspektive sei im besonderen Maße mit dem Forschungsinteresse verbunden, Veränderungen in Kleinstaaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahren zu identifizieren und zu analysieren.

*Raul Eamets* (Universität Tartu) betonte, dass der schon mehrfach angesprochene Mitgliederverlust auch für die Gewerkschaften in Estland eine Begleiterscheinung der Entwicklung eines neuen Typus der Arbeiterorganisation nach der Wende war. Trotz sinkender Mitgliederzahlen habe sich die Rolle der Gewerkschaften und ihre Verhandlungsmacht seit dem EU-Beitritt des Landes signifikant verbessert. Den Hauptgrund hierfür sah Eamets in der generellen Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität Estlands.

*Julija Moskvina* vom „Institute of labour and social research“ (Vilnius) betonte, dass der Einfluss der EU-Mitgliedschaft Litauens auf die nationalen Gewerkschaften in vielfältiger Weise evident wird. Durch die Ergänzung um die europäische Ebene stiegen sowohl die Handlungsoptionen als auch die finanziellen Möglichkeiten der litauischen Gewerkschaften. Die Einbindung in Projekte auf europäischer Ebene und die Mitgliedschaft im EGB würden den nationalen Arbeiterzusammenschlüssen helfen, Einfluss auf den europäischen Meinungs- und Entscheidungsprozess zu nehmen und somit nationale Interessen in der EU-Arena geltend zu machen.

Der historischen Entwicklung der Gewerkschaften in Slowenien sowie dem Privatisierungsprozess und der aktuellen Beschäftigungsstruktur schenkte *Miroslav Stanojevic* (Universität Ljubljana) besondere Aufmerksamkeit. Wie in den beiden anderen Ländern der Sektion sei der rapide Mitgliederschwund ein charakteristisches Merkmal der slowenischen Gewerkschaften nach 1990/91. Stanojevic hob besonders die Bedeutung des starken Anstiegs der

Arbeitsintensivierung hervor, der durch das „Welfare production system“ (WRP) ermöglicht wird.

In der abschließenden Rekapitulation der wesentlichen Sektionsergebnisse fielen vor allem die Gemeinsamkeiten der Gewerkschaften in den drei Ländern auf. Alle verzeichneten einen rapiden Mitgliederschwund seit Anfang der 1990er Jahre. Jede der vorgestellten Arbeitnehmerzusammenschlüsse verfügt mittlerweile über feste Organisationsstrukturen und misst der europäischen Kooperation der Arbeiterbewegung eine hohe Bedeutung zu. An der Genese eines neuen gewerkschaftlichen Typus nach 1990/91 wurde zudem die starke Korrelation zwischen dem Wirtschaftssystem und dem Entwicklungsgrad der jeweiligen Gewerkschaften deutlich.

### **Südosteuropa zwischen Staatsgewerkschaft und Autonomie?**

Dass die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat entscheidend ist, um von den Arbeitnehmern als Repräsentant anerkannt zu werden, war eine wesentliche Erkenntnis der achten Sektion. Ausgerechnet eine Krise habe die bulgarischen Gewerkschaften wieder zu neuem Engagement erweckt, berichtete *Grigor Gradev* (ETUI-REHS, Sofia). Der Bankenkollaps und der Währungsverfall, in denen die stete Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der massive Abbau der Sozialsysteme 1996 gipfelte, habe den Gewerkschaften die Möglichkeit geboten, sich von der Regierung zu lösen. Mit Demonstrationen setzten sich ihre Mitglieder für einen Regierungswechsel ein. Schon früher, 1993, waren die Gewerkschaften in einen Sozialen Dialog mit den Arbeitgebern und dem Staat eingetreten. Über die Jahre wurden die Gewerkschaften feste Repräsentanten der Arbeitnehmer, die nicht mehr einseitig auf Seite der Regierung standen.

Radikaler war der Systemwechsel in Rumänien. Nach der Revolution 1989 hatten die Menschen eine falsche Vorstellung von Demokratie, wie *Anitta Orzan* (Universität Freiburg) ausführte. Dementsprechend hätten sich auch die Gewerkschaften falsch aufgestellt: Sie hatten sich hohe Ziele gesetzt und Versprechungen gegeben, die nicht einzuhalten waren. Dies enttäuschte die Arbeitnehmer. Seit 1991 sieht Orzan die rumänischen Gewerkschaften in einer permanenten Krise, geprägt von Mitgliederschwund und Zersplitterung auch in einzelnen Betrieben. Wie der Beitritt des Landes zur Europäischen Union und die Mitgliedschaft der Gewerkschaften in der ILO helfen können, bleibe abzuwarten.

Dass ein direkter Eingriff des Staates in die Tarifverhandlungen scheitern kann, zeigte *Saviour Rizzo* (Universität Malta) anhand von Arbeiterräten in der maltesischen Regierung vor einigen Jahrzehnten. Diese Räte galten unter den Arbeitern schnell als Mittel, die Gewerkschaften zu unterlaufen, und sie scheiterten. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften stieg dagegen in den letzten Jahrzehnten insgesamt deutlich an. Der Organisationsgrad liegt bei 60 Prozent. Die Gründe für diesen Erfolg lägen in der regionalen Konzentration der Industrie, in der flachen Organisation der Gewerkschaften und in den Tarifverhandlungen auf Betriebsebene.

In der Türkei liegt der Organisationsgrad der Gewerkschaften ebenfalls bei 59 Prozent (2005). Doch dieser Wert bezieht sich auf die Beschäftigten in sozialversicherungspflichtigen



Jobs, wie *Manfred Wannöffel* (Ruhr-Universität Bochum) verdeutlichte. Diese machten nur den kleinsten Teil des türkischen Arbeitsmarktes aus, da Gewerkschaften in der türkischen Gesellschaft nicht verwurzelt seien. Das schränke ihre Repräsentationsrolle ein, um andere soziale Probleme anzusprechen. Wenn die Gewerkschaften bei der Europäisierung der Türkei eine Rolle als gesellschaftlicher Faktor spielen wollen, müssten sie mehr Rechte erhalten. Diese Forderungen würden in der Türkei selber nur von dem sozialdemokratischen und regierungskritischen Dachverband Federation of Revolutionary Trade Unions erhoben.

## Die transnationale und europäische Dimension gewerkschaftlicher Kooperation

Ein Wechsel der Untersuchungsperspektive erfolgte in der letzten Sektion der Tagung, in deren Mittelpunkt die transnationale und europäische Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Europa stand. Transnationale Formen gewerkschaftlicher Kooperation und Strategien wurden von *Idar Helle* (Universität Oslo) und *Thomas Fetzer* (LSE) am Beispiel der deutsch-französischen bzw. der deutsch-britischen Beziehungen untersucht. Die Transformation eines Gemeinsamen Marktes in ein „soziales Europa“, das nicht allein der ökonomischen Binnenmarktlogik unterworfen sein sollte, fungiere als gemeinsame Zielvorstellung der französischen und deutschen Gewerkschaftsbewegung, so Helle. Für eine differenzierte Untersuchung entwickelte er eine Typologie mit unterschiedlichen Kategorien bilateraler Strategien. Eine vergleichende Analyse der britischen und der deutschen Gewerkschaften präsentierte *Thomas Fetzer*. Obwohl sich die Positionen von TUC und DGB in vielen Aspekten deutlich unterschieden, ließen sich einige Gemeinsamkeiten feststellen. Dazu zählte etwa die Tatsache, dass die supranationale Entscheidungsebene bis in die späten 1980er Jahre in der gewerkschaftlichen Strategie kaum eine Rolle gespielt habe. Erst Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre sei ein simultaner, aber von unterschiedlichen Formen und Intensitätsgraden geprägter Anstieg gewerkschaftlicher Aktivitäten auf europäischer Ebene zu verzeichnen.

Die Anzahl und die Bedeutung von Kooperations- und Integrationsformen nationaler Organisationen nehmen kontinuierlich zu. *Cyril Gläser* (Universität zu Köln) beschäftigte sich mit der organisationsstrukturellen Dimension der Europäisierung nationaler Gewerkschaften: dem Europäischen Gewerkschaftsbund. Der Kölner Politologe bündelte wesentliche Akteureigenschaften des EGB in der Beschreibung „Bound Giant“: Zum einen fungiere der EGB als bedeutendstes Instrument der nationalen Gewerkschaften auf europäischer Ebene und sei demnach ein potenzieller „Riese“. Auf der anderen Seite sei dieser jedoch gefangen und eingeeignet durch seine Orientierung auf und die Abhängigkeit von den EU-Institutionen sowie durch seinen Anspruch, als Repräsentant der heterogenen europäischen Arbeiterbewegung zu agieren. Bewertet und ergänzt wurden die Beiträge dieser Sektion im Rahmen ausführlicher Kommentare aus geschichts- (*Willy Buschak*) bzw. politikwissenschaftlicher Sicht (*Rainer Eising*).

**Bilanz**

Im Anschluss rekapitulierten *Klaus Tenfelde* und *Jürgen Mittag* die wichtigsten Ergebnisse der interdisziplinären Konferenz im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets. Die Länder-Dimension, so Tenfelde, sei eine solide Ausgangslage für weitere Untersuchungen und Analysen. Es sei vor allem deutlich geworden, dass die europäische Integration mit bedeutenden Herausforderungen für die nationalen Gewerkschaften einhergehe. Diese reagier(t)en in unterschiedlicher Weise und Intensität. Der Versuch, verschiedene Wissenschaftsdisziplinen im Rahmen einer Tagung zusammenzubringen, habe aber nicht nur wichtige und weiterführende Erkenntnisse gebracht. Durch die Perspektivenvielfalt und unterschiedlichen theoretischen Zugänge seien vor allem neue Fragen aufgeworfen und das wissenschaftliche Repertoire um weitere Analysemethoden ergänzt worden.